



**Annette Widmann-Mauz MdB**

Parlamentarische Staatssekretärin  
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

**Berlin aktuell**

Berlin aktuell Nr. 30 / 10.10.2014

## Liebe Leserinnen und Leser,

überhöhte Mietsteigerungen und eine Verdrängung von Mietern in angespannten Wohnungsmärkten haben in vielen Städten deutlich zugenommen. Das Bundeskabinett hat daher den Entwurf des Mietrechtsnovellierungsgesetzes beschlossen, das u.a. eine Mietpreisbremse beinhaltet. Die Mietpreisbremse ist dabei Teil eines größeren Pakets für bezahlbares Wohnen.

Parallel werden die Landesregierungen verpflichtet, dafür zu sorgen, dass sich die Mietensituation nach fünf Jahren gebessert hat. Dafür unterstützt der Bund die Länder jährlich mit mehr als einer halben Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zudem dafür gesorgt, dass die Länder auch eigene Gegenmaßnahmen ergreifen müssen. Sie haben auch diejenigen Gebiete präzise zu bestimmen, in denen eine angespannte Wohnungssituation herrscht. Dafür gibt es konkrete Kriterien wie die Leerstandsquote oder die Mietenentwicklung. Bei Abschluss eines Mietvertrages darf die Miete dort nicht mehr als 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Neu errichtete Wohnungen sowie Vermietungen nach umfassenden Modernisierungen sind von der Mietpreisbremse befreit, um Investitionen im Wohnungsbau zu fördern.

Die Koalition entlastet Mieter zudem erheblich bei der Maklerprovision. Künftig muss der Wohnungssuchende ein Entgelt nur noch dann zahlen, wenn der Makler die Mietwohnung ausschließlich auf Veranlassung des Mieters beschafft hat. Wenn die Initiative für die Vermittlung vom Vermieter ausging, schuldet dieser die Provision.

Gut wohnen ist ein wichtiges Stück Lebensqualität. Unsere Maßnahmen tragen dazu bei, dass Wohnen bezahlbar bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

*Annette Widmann-Mauz*

Annette Widmann-Mauz MdB  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/ 227 -77217  
Telefax: 030/ 227-76749  
annette.widmann-mauz@bundestag.de  
www.facebook.com/widmann-mauz





### Aktuelles

#### **Aktuelle Stunde über Missstand im Beschaffungswesen – Aktivitäten der Bundeswehr nicht einschränken**

Mit einer neuen Rüstungspolitik und einem besseren Ausrüstungsmanagement will Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Probleme bei der Bundeswehr beheben. Von der Leyen zieht damit die Konsequenzen aus dem Rüstungsgutachten, das sie im März in Auftrag gegeben und Anfang der Woche übergeben bekommen hatte. In einer aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch sagte die Ministerin, die Probleme, die geballt auf dem Tisch liegen, „müssen wir anpacken“. Die schonungslose Analyse, die in dem Gutachten zum Ausdruck kam, sei notwendig gewesen, sagte von der Leyen. In Auftrag gegebene Rüstungsprojekte würden „Jahre zu spät und weit überteuert“ ausgeliefert. Die Bundeswehr sei daher gezwungen, mit betagtem Material viel länger zu arbeiten als vorgesehen. „Dass es knirscht in der Materialerhaltung und –beschaffung“ sei aber „keineswegs“ ein Grund, die Aktivitäten der Streitkräfte einzuschränken. „Es ist nicht alles schlecht in der Bundeswehr. Sie ist auf einem Niveau der Leistung, um das uns die allermeisten Länder der Welt beneiden“, betonte die Ministerin.



(Foto:  
[www.bilder.cdu.de](http://www.bilder.cdu.de))

Von der Leyen forderte zum einen, den Materialerhalt bei den vorhandenen Geräten zu intensivieren. „Bei Instandhaltung und Wartung müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen“, sagte sie. Zum anderen sei ein effektiveres Management von Rüstungsprojekten nötig. So müsse eine neue Fehlerkultur entwickelt werden. Nur wenn erkannte Fehler auch offen eingestanden würden, könnten sie behoben werden. Mitarbeiter, die Fehler entdeckten, müssten sofortigen Zugang zur Leitungsebene erhalten: „Das spart Zeit und Geld.“ Auch das Vertragsmanagement müsse effizienter werden.

Nur wenn bei der Vertragsgestaltung sauber gearbeitet werde, könnten später Regressforderungen gegenüber der Industrie durchgesetzt werden, betonte Gädechens. Allerdings sei hier auch die Industrie am Zug. Sie müsse „ehrliche Verträge mit erreichbaren Zielmarken“ anbieten, verlangte er.

Nicht zuletzt forderten die Ministerin und die Fachpolitiker der Union, nun müsse eine Rangordnung der Projekte aufgestellt werden, die für die Bundeswehr wichtig seien. „Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird“, sagte von der Leyen. In dieser Debatte müsse auch die Frage angesprochen werden, welche nationalen Schlüsseltechnologien Deutschland in der Rüstung brauche, um souverän handeln und seine sicherheitspolitischen Interessen vertreten zu können. Als Beispiele nannte sie Technologien für die Fähigkeiten Führung und Aufklärung sowie die Verschlüsselung der Kommunikation.





### Aktuelles

#### Finanzbeziehungen neu ordnen

2019 läuft zum einen der Länderfinanzausgleich, zum anderen der Solidaripakt II aus. Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschloss deshalb Eckpunkte für die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die besonders kommunale Aspekte betreffen. Klar ist: Bei den laufenden Verhandlungen muss es das Ziel sein, klare Strukturen zu etablieren und sicherzustellen, dass die Kommunen dauerhaft eine ihren Aufgaben angemessene und auskömmliche Finanzausstattung haben.

Dabei sei es unerlässlich, dass die Kommunen als Verhandlungspartner frühzeitig und direkt in die Gespräche eingebunden werden. Das seit 2006 bestehende Durchgriffsverbot des Bundes auf die Kommunen soll nach den Vorstellungen der Kommunalpolitiker bewahrt werden. Damit wird verhindert, dass der Bund den Kommunen direkt – also unter Umgehung der Länder – Aufgaben zuweisen und sich in die kommunale Selbstverwaltung einmischen kann. Die Verantwortung der Länder zur auskömmlichen Finanzierung ihrer Kommunen soll präzisiert werden.

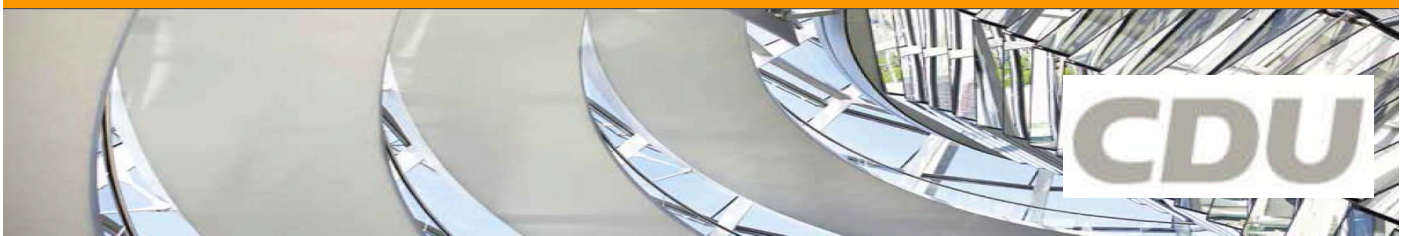
In ihrem Eckpunktepapier äußern die Kommunalpolitiker Zweifel daran, dass mit einem Bundesteilhabegesetz die Kommunen ab 2018 tatsächlich um 5 Mrd. Euro entlastet werden können. Mit einem solchen Teilhabegesetz übernimmt der Bund die Kosten für die Eingliederung behinderter Menschen in die Gesellschaft. Problem ist aber, dass die Aufteilung der Kosten zwischen Land und Kommunen in jedem Bundesland anders geregelt ist. Um dieses Problem zu umgehen, streben die

Kommunalpolitiker an, die 5 Mrd.- Entlastung der Kommunen im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen inhaltlich von der Reform der Eingliederungshilfe abzukoppeln und gesondert zu regeln.



(Foto: Christiane Lang )

Eine unveränderte Fortsetzung des Solidaritätszuschlags erscheint unwahrscheinlich. Die Kommunalpolitiker regen eine Prüfung an, inwieweit der Solidaritätszuschlag ab 2019 als „Fonds zur Sicherung und zum Ausbau der Infrastruktur des Bundes, der Länder und der Kommunen“ fortgeführt und sein Ertrag anteilig zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt werden kann. Dabei sei sicherzustellen, dass die Mittel zusätzlich und ungekürzt bei den Kommunen ankommen. Eine Fortführung des Solidaritätszuschlags ist nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dann möglich, wenn tatsächlich ein Mehrbedarf des Bundes an Finanzmitteln besteht. Dieser Mehrbedarf ist aus Sicht der Unionsfraktion unstrittig gegeben. Wichtig sei allerdings auch, dass die Fortführung von der Bevölkerung grundsätzlich akzeptiert wird.







### Aktuelles

#### Bundestag debattiert BAföG-Reform

Eine gute Ausbildung darf nicht am Geld scheitern. Damit Studierende, Schüler und Auszubildende eine ausreichende finanzielle Lebensgrundlage haben, wird die Höhe des BAföG an die allgemeine Kaufkraft- und Einkommensentwicklung angepasst.

Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung einen entsprechenden Gesetzentwurf. Er sieht vor, die Bedarfssätze ab 2016 zu erhöhen. Einschließlich des Wohnzuschlages soll der Förderhöchstsatz dann von 670 auf 735 Euro monatlich steigen. Durch Anhebung der Freibeträge soll zudem der Kreis der Förderberechtigten um über 110.000 Studierende und Schüler ausgeweitet werden. Mit der Anhebung der Hinzuverdienstgrenze für Minijobber wird ein Verdienst von bis zu 450 Euro nicht auf die Ausbildungsförderung angerechnet. Gleichzeitig sind Erleichterungen im Verfahren geplant, etwa durch die flächendeckende Einführung des elektronischen Antrags. Ab dem Jahr 2016 investiert der Bund fast zwei Milliarden Euro in die Ausbildungsförderung. „In Deutschland wurde noch nie so viel für Bildung und Forschung ausgegeben wie heute“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka unter Verweis auf den Umfang des Maßnahmenpakets.

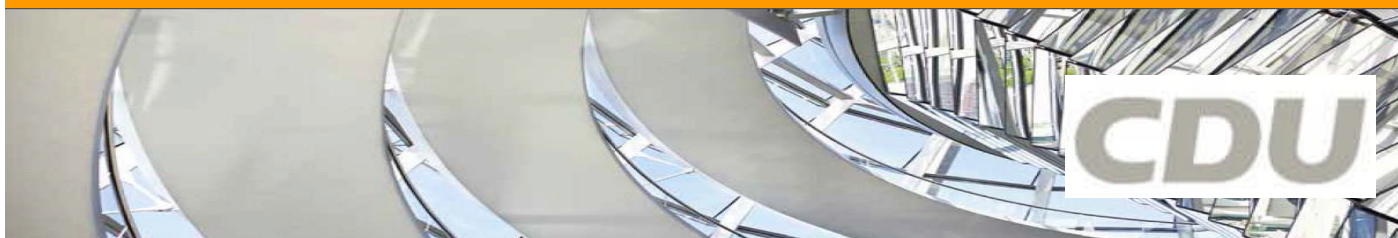
Insgesamt steigt der Etat des Bildungsministeriums allein in dieser Legislaturperiode nochmals um 25 Prozent an. Angesichts der aktuellen Haushaltskonsolidierung zeige dies deutlich die Prioritätensetzung der Bundesregierung, erklärte die Ministerin. Bund übernimmt Förderkosten ganz Teil der

BAföG-Novelle ist die Übernahme aller Förderkosten durch den Bund. Die Bundesländer, die bislang 35 Prozent der Kosten trugen, werden so ab dem 1. Januar 2015 jährlich um deutlich mehr als eine Milliarde Euro entlastet.

In der Debatte forderten die Bildungspolitiker der Union jedoch auch ganz klar, dass das zur Verfügung gestellte Geld von den Bundesländern tatsächlich für Bildung und Forschung ausgegeben wird. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit, vor allem im Süden des Kontinents, ist eines der drängendsten Probleme Europas. Fünf Millionen Jugendliche innerhalb der Europäischen Union haben keinen Job. Die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen bis 25 Jahre beträgt etwa in Griechenland mehr als 60 Prozent, in Spanien über 50 Prozent sowie in Portugal und Italien über 40 Prozent. Bereits zum dritten Mal haben die EU-Staats- und Regierungschefs am Mittwoch Lösungswege gesucht.



(Foto: CDU Deutschlands / Markus Schwarze)





### Aktuelles

Bei ihrem Treffen in Mailand stellten sie fest, dass es an vorhandenem Fördergeld nicht mangelt, dass dieses aber nicht abfließt. So stehen sechs Milliarden an EU-Geldern für Beschäftigungsinitiativen bereit. Geld aus diesem Topf wurde bislang aber lediglich für drei Programme in Frankreich, Italien und Litauen bewilligt. Daher beschlossen die EU-Chefs bei ihrem Treffen in Mailand, das Antragsverfahren zu vereinfachen, damit das Geld schneller fließt. Jugendlichen in der EU soll eigentlich spätestens nach vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Stelle, eine Ausbildung oder ein Praktikumsplatz angeboten werden. Mittel vollständig in Hochschulen und Schulen investieren – wie etwa Bayern, Hessen oder Sachsen es zugesagt haben.

#### **Widmann-Mauz MdB gratuliert: Freundeskreis Mensch aus Gomaringen erhält „mitMenschPreis“ 2014**

Zum dritten Mal verlieh der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe den mit 10.000 Euro dotierten „mitMenschPreis“ für erfolgreiche inklusive Projekte. Finalist und am Ende verdienter Sieger war das Projekt „Move – Mobilität verbindet“ vom Freundeskreis Mensch aus Gomaringen.

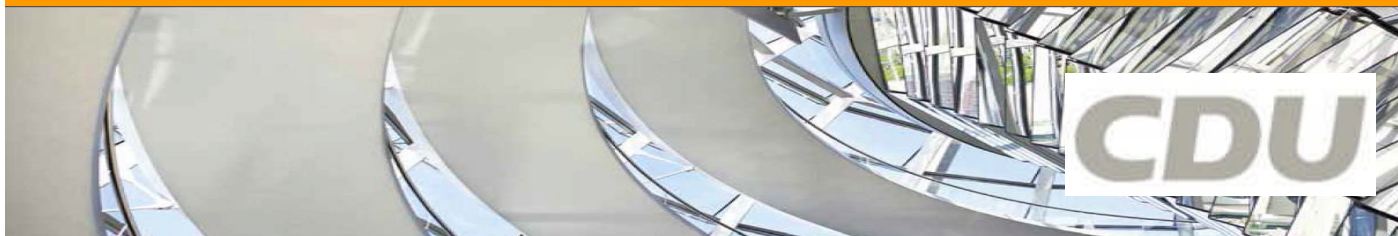
Als Wahlkreisabgeordnete Tübingens nahm Annette Widmann-Mauz am Festakt in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin teil und gratulierte ihren Landsleuten besonders herzlich: „Die Arbeit des Freundeskreis schätze ich sehr und ich bin sehr stolz, dass die Move-Initiative bundesweit überzeugen konnte. Die Auszeichnung würdigt

stellvertretend auch die vielen anderen Inklusionsprojekte im Wahlkreis, die sich für den Abbau von Barrieren, gesellschaftlicher Teilhabe und einem stärkeren Austausch von Menschen mit und ohne Behinderung stark machen.“

„Move – Mobilität verbindet“ ermöglicht die weitgehend selbständige Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Menschen mit Behinderung. Individuelles Training und Üben in der Gruppe sowie Begleitung im öffentlichen Nahverkehr durch ehrenamtliche „Begleitpaten“ sind wesentliche Bestandteile des vom Landkreis Tübingen geförderten Projektes. Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch soll darüber hinaus Selbstvertrauen schaffen und die selbstbestimmte Teilhabe im öffentlichen Raum stärken.



(v.l.n.r.): Kai Krudewig (Freundeskreis Mensch e.V.), Frank Stefan (Diakonie Kork, BeB-Vorstandsmitglied), Johanna Schnurr (Freundeskreis Mensch e.V.), Veronika Schaible (Freundeskreis Mensch e.V.), Friedrich Lutz (Curacon Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Jury-Mitglied).  
(Fotograf: Nils Bornemann )





### Ticker

#### +++++ Kampf gegen Ebola +++++ Kampf gegen Ebola +++++ Kampf gegen Ebola +++++

Die Bundesregierung hat diese Woche einen Sonderbeauftragten eingesetzt, damit die Hilfe für Westafrika gut aufeinander abgestimmt wird. Folgende konkrete Maßnahmen werden zurzeit vorbereitet:

- Die Bundeswehr plant mit der französischen Armee eine Luftbrücke in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Länder.
- Die Bundesregierung wird das Deutsche Rote Kreuz unterstützen, ein mobiles Krankenhaus mit mehr als 200 Betten sowie zwei Basisgesundheitsstationen aufzubauen.
- Deutschland beabsichtigt, weiteres medizinisches Hilfspersonal zu gewinnen und eine funktionsfähige Rettungskette zu schaffen und.
- wird sich verstärkt an der Ausbildung des medizinischen Personals vor Ort beteiligen.
- Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird umfangreiche medizinische Ausrüstung zur Verfügung stellen.
- Die Bundesregierung ist bereit, aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit zusätzliche präventive Maßnahmen zu unterstützen sowie medizinische Materialien und Lebensmittel zur Verfügung zu stellen.
- Das Technische Hilfswerk wird sich an der logistischen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen in Deutschland sowie in der Region beteiligen.

Auf den Aufruf von Bundesverteidigungsministerin von der Leyen meldeten sich weit mehr als 4.000 Freiwillige für die "Task Force Ebola" der Bundeswehr. Beim Deutschen Roten Kreuz haben sich über 1.300 medizinische Fachkräfte gemeldet.

Das DRK sucht weiter Ärzte, Hebammen, Physiotherapeuten, Pharmazeuten, Röntgenfachkräfte, Labortechniker und Pflegepersonal mit entsprechender Ausbildung und guten Englischkenntnissen für einen Einsatz in Liberia. Interessierte können sich über das Portal des DRK bewerben: <http://www.drk.de/news/meldung/8263-drk-weitet-engagement-im-kampf-gegen-ebola-aus.html>

Deutschland selbst ist gut vorbereitet: Sollten Reisende das Virus mitbringen, verhindern Notfallpläne eine Ausbreitung. Die internationalen Flughäfen Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg und München sind auf Fälle hochinfektiöser Krankheiten vorbereitet.



(Ärzte auf einer Isolierstation: Tropenkrankheiten wie Ebola können hier behandelt werden.)

Foto: Sebastian Kahnert/ picture alliance / dpa)







### Daten & Fakten

#### Zahl der Stiftungen wächst

In Deutschland gibt es im Jahr 2014 insgesamt 27.262 Stiftungen unterschiedlicher Rechtsformen. Dies bedeutet einen Zuwachs von etwa 15 Prozent seit dem Jahr 2011. Im Schnitt sind die Stiftungen dabei mit einem Kapital von 330.000 Euro ausgestattet und schütten jährlich 20.000 Euro aus (Medianwerte). Auch im europäischen Vergleich nehmen die deutschen Stiftungen die Spitzenposition ein. So kommt von den etwa 130.000 gemeinnützigen Stiftungen im Europa jede siebte aus Deutschland. An den 53 Milliarden Euro, die die Stiftungen europaweit für gemeinnützige Zwecke ausgegeben haben, haben deutsche Stiftungen mit insgesamt 17 Milliarden Euro den größten Anteil.

*(Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen)*

**Besuchen Sie mich jetzt**  
**auch auf Facebook**  
**[www.facebook.com/widmannmauz](http://www.facebook.com/widmannmauz)**



### Daten & Fakten

#### Ost und West wachsen wirtschaftlich weiter zusammen

Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich in den neuen Ländern seit 1991 fast verdoppelt – das Wachstum fällt dabei in diesem Zeitraum in etwa so stark aus wie das in Westdeutschland zur Zeit des Wirtschaftswunders. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „*In der Normalität angekommen – Deutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall*“ von KfW Research. Das bereinigte Pro-Kopf-Einkommen liegt im Osten inzwischen bei 89 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Gemessen an der Wirtschaftsleistung gehören die neuen Länder inzwischen zum Mittelfeld in Europa und liegen beim realen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf knapp hinter Italien und Spanien. Zwar gibt es immer noch erhebliche regionale Unterschiede zwischen Ost und West – etwa bedingt durch die vorhandene Branchenstruktur –, diese sind aber inzwischen nicht mehr größer als im Rest der G7-Staaten. Als zentralen Grund für die dynamische Entwicklung Ostdeutschlands führt die Studie insbesondere die rund 1,6 Billionen Euro an, die seit 1991 von Unternehmen, Kommunen und privaten Bauherren dort investiert wurden. Als größte Herausforderungen für die Zukunft werden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der demographische Wandel gesehen.

*(Quelle: KfW Research)*

